

Dreger, Christian

Article

Finanzmarktkrise: Staatsgarantien statt Verstaatlichung: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Dreger, Christian (2008) : Finanzmarktkrise: Staatsgarantien statt Verstaatlichung: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 41, pp. 642-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151683>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Führende Ökonomen rufen Europa zu schnellem Vorgehen in der Finanzmarktkrise auf

In einem weltweiten Appell vom 2. Oktober 2008 haben führende Ökonomen aus Europa und den USA, darunter DIW-Präsident Klaus F. Zimmermann, die europäischen Staaten zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Finanzmarktkrise aufgerufen. Die Krise sei noch beherrschbar – nur ein schnelles, europaweit koordiniertes Vorgehen könne aber verhindern, dass sie außer Kontrolle gerate. Rein nationalstaatliche Aktionen seien unzureichend.

Wir dokumentieren den Aufruf im Wortlaut:

Europas Bankenkrise: Ein Aufruf zum Handeln

Dies ist eine Krise, wie sie im Leben nur einmal vorkommt. Das Vertrauen zwischen den Finanzinstituten schwindet und Angst breitet sich aus. Die Erfahrungen in den USA in der vergangenen Woche zeigen, dass es nicht funktioniert, eine Bank nach der anderen zu retten. Wir brauchen einen das ganze System umfassenden Ansatz und in Europa bedeutet dies eine Initiative zur Rekapitalisierung des Bankensektors unter der Federführung der EU. Wenn sich die führenden Kräfte in Europa nicht umgehend und direkt gemeinsam um diese Krise kümmern bevor sie außer Kontrolle gerät, werden sie in Zukunft wohl eher darüber streiten, wie sie mit den Folgen fertig werden.

Europa befindet sich mitten in einer Krise, wie sie wohl nur einmal im Leben vorkommt. Jeder Europäer weiß was passierte, als die Finanzmärkte in den dunklen 30er Jahren zusammenbrachen. Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass dies noch einmal passieren könnte, wenn die Regierungen nicht handeln. Wir behaupten nicht, dass es passieren wird, aber man muss sich bewusst sein, was auf dem Spiel steht.

Das Vertrauen zwischen den Finanzinstituten schwindet, und es besteht das Risiko, dass die Angst sich weiter verbreitet. Den Turbulenzen auf den Finanzmärkten muss Einhalt geboten werden, bevor der Realwirtschaft größerer Schaden entsteht. Die Spareinlagen Hunderter Millionen Europäer sind direkt bedroht. Wenn die Turbulenzen die Finanzmärkte lähmen, werden Arbeitsplätze und Unternehmen in großem Umfang zerstört. Eine weitere Schwächung der Realwirtschaft würde noch mehr Kredite gefährden und so einen Teufelskreis aus sinkenden Vermögenswerten, steigenden Kreditausfällen und abnehmender Kreditvergabe erzeugen.

Die Maßnahmen der politischen Entscheidungsträger in den USA sind zwar willkommen, reichen jedoch nicht aus. Auch Europa muss entschlossen handeln.

Politische Nachwirkungen: Die nationalen Maßnahmen müssen durch Maßnahmen auf europäischer Ebene ergänzt und koordiniert werden.

Die Regulierungsbehörden in den USA haben in der vergangenen Woche erfahren, dass es nicht funktioniert, eine Bank nach der anderen zu retten. Eine das ganze System umfassende Krise erfordert auch das ganze System umfassende Maßnahmen.

In Europa bedeutet die Rettung einer Bank nach der anderen entweder einen Rettungsversuch seitens einer einzelnen Nation trotz wesentlicher Nebenwirkungen für die angrenzenden Länder oder in letzter Minute improvisierte Koordinationsmaßnahmen und Vereinbarungen darüber, wie die Belastung der öffentlichen Finanzen aufzuteilen ist. Zwar waren die bisherigen nationalen Maßnahmen und Ad-hoc-Kooperationen sinnvoll. Die gegenseitige Abhängigkeit der europäischen Banken ist jedoch zu groß und zu weit verbreitet, als dass nationale Maßnahmen oder Koordinationsanstrengungen im Einzelfall ausreichen würden. Jede nationale politische Intervention und jede gemeinsame Intervention von nur wenigen Ländern kann für die anderen europäischen Nationen unvorhersehbare Folgen haben. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass sich die nationalen Regulierungsbehörden an einen Tisch setzen und ihre Maßnahmen koordinieren und – wo dies erforderlich ist – europaweite Lösungen entwickeln.

Jetzt, solange die Situation noch beherrschbar ist, muss gehandelt werden. Die Ereignisse der vergangenen Woche in den USA zeigen, dass Finanzkrisen nicht sanft und vorhersehbar auftreten. Ein unerwartetes Ereignis kann eine ganze Reihe von Ausfällen und Panikhandlungen auslösen, die Schritt für Schritt immer schwieriger zu kontrollieren sind.

Lösungen

Die Lösung wird sich aus vielen einzelnen Teillösungen zusammensetzen. In den USA ist es zur Bekämpfung der aktuellen Krise erforderlich, die Liquidität der Geld- und Finanzmärkte wiederherzustellen und die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Verbriefung erstklassiger Hypotheken und anderer illiquider aber hinreichend homogener und transparenter Kapitalanlagen zu schaffen. In Europa ist das Hauptproblem die Höhe des Fremdkapitals bei den international tätigen Großbanken. Daher muss sich der Beitrag der EU auf die Rekapitalisierung des Bankensektors konzentrieren und zwar durch Bereitstellung öffentlichen Kapitals oder durch eine vorgeschriebene Umwandlung von Fremd- in Eigenkapital. Dies muss auf EU-Ebene (zum Beispiel durch die Europäische Investitionsbank) geschehen. Der aktuelle Ansatz zur Rettung einer Bank nach der anderen durch nationale Mittel wird zu einer Balkanisierung des europäischen Bankensektors führen. Es wäre auch wichtig, einen harmonisierten Ansatz für die Einlagensicherung zu vereinbaren.

Um künftige Krisen dieser Art zu verhindern, wird auch eine Regulierung der europäischen Finanzmärkte und -institutionen auf europäischer Ebene erforderlich sein.

Das Problem besteht nicht darin, dass das Wissen, wie eine solche Finanzkrise zu stoppen ist, fehlt, sondern der politische Wille.

Wenn sich die führenden Kräfte in Europa nicht umgehend und direkt gemeinsam um diese Krise kümmern bevor sie außer Kontrolle gerät, werden sie in Zukunft wohl eher darüber streiten, wie sie mit den Folgen fertig werden.

Erstunterzeichner:

Alberto Alesina (Harvard, Cambridge US), Richard Baldwin (Graduate Institute, Geneva), Tito Boeri (Bocconi, Milan), Willem Buiter (LSE, London), Francesco Giavazzi (Bocconi, Milan), Daniel Gros (CEPS, Brussels), Stefano Micossi (Assonime, Rome), Guido Tabellini (Bocconi, Milan), Charles Wyplosz (Graduate Institute, Geneva), Klaus F. Zimmermann (DIW Berlin und IZA Bonn).

Wenn Sie sich diesem Aufruf anschließen wollen, können Sie dies unter folgendem Link tun:

www.voxeu.org/index.php?q=node/add/signatory

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Dr. Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.